

CzW: Bund hat Verantwortung für Standort

APPELL Interessenvertretung beklagt Abbau von Stellen in Wilhelmshaven

Der Club zu Wilhelmshaven warnt vor einem Stellenabbau bei der Marine. Das Oberzentrum Wilhelmshaven müsse durch ein Förderprogramm gestärkt werden.

VON GERD ABELDT

WILHELMSHAVEN – Der Club zu Wilhelmshaven (CzW) sieht eine besondere nationale Verantwortung für den Standort Wilhelmshaven. Mit Blick auf drohende Stellenstreichungen bei der Marine im Zuge der anstehenden Bundeswehrreform richteten gestern CzW-Präsident Staatssekretär a. D. Dr. Hans-Joachim Gottschalk, Vizepräsident Rolf Rütters, Dr. Rolf Lienau, ehemals Leiter des Arbeitsamtes Wilhelmshaven, und der CzW-Geschäftsführer Kapitän zur See a. D. Hans-Georg Nippe einen Appell an Land und Bund, den Behördenstandort Wilhelmshaven zu stärken.

Die Stadt Wilhelmshaven sei seit ihrer Gründung 1853 durch Entscheidungen der Landes- und vor allem der Reichs- bzw. der Bundespolitik geprägt worden. Ohne die Marine gäbe es die Stadt überhaupt nicht, so Gottschalk: „Keine andere Stadt dieser Größenordnung ist so weitge-

hend von Entscheidungen der Bundespolitik abhängig.“ Daraus ergebe sich eine besondere Verantwortung des Bundes.

Der CzW, der sich mit seinen über 200 Mitgliedern aus allen politischen Lagern vor allem der Stadt und der Region verpflichtet sieht, hält es nicht für angemessen, Wilhelmshaven wie jeden anderen Bundeswehr-Standort in Deutschland zu behandeln. Der Marinestandort müsse gestärkt, alternativ andere Behörden hier angesiedelt werden.

Gottschalk befürchtet, dass die Strukturreform der Marine erneut zulasten Wilhelmshavens gehen könnte. Bereits mit der Verlagerung des Marineamtes nach Rostock im Zuge der deutschen Wiedervereinigung hatte die Stadt einen Aderlass von Tausenden Dienstposten zu beklagen.

Der CzW-Präsident verweist auf das so genannte „Bonn-Gesetz“, mit dem die Verlagerung des Regierungssitzes nach Berlin kompensiert wurde. „Eine hieran orientierte Lösung für Wilhelmshaven dürfte kein unangemessenes Anliegen sein und sollte bei allen Überlegungen von Bund und Land zu Strukturreformen und Fördermaßnahmen besonderes Gewicht erhalten.“ **Seite 8**